



**Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen,
Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen im Bezirk Mödling**



Sylvia Unterrader

Mödlings ehemalige Synagoge - der Weg zum Mahnmal

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1988 fanden sich Mödlinerinnen und Mödlinger auf dem Gelände der ehemaligen Synagoge ein, um der schrecklichen Ereignisse der Pogromnacht zu gedenken.

Diese war in Mödling genauso wie in vielen Städten 50 Jahre zuvor ein trauriger Höhepunkt der Judenverfolgungen. Die Anwesenden gedachten des 9. Novembers 1938, als das

jüdische Gebetshaus vom Nazi-Pöbel zerstört und in Brand gesteckt wurde. Hunderte MödlinerInnen verfolgten das Ereignis neugierig und die Feuerwehr durfte nicht eingreifen.

Danach stand die Ruine in der Enzersdorfer Straße 6 jahrzehntelang versteckt hinter einer Mauer, und viele Menschen wussten nicht einmal, was sich dort befand. 1987 wurden die letzten Reste der Synagoge abgetragen. Auf dem Gelände entstanden,

Aus dem Inhalt

- 🕯 **Gedenken an Leopold Petznek**
- 🕯 **Kundgebung auf der Predigerstuhlwiese**
- 🕯 **Wider den Personenkult**
- 🕯 **KZ-Gedenkverein Guntramsdorf**
- 🕯 **Zeit.Gespräche**
- 🕯 **Auf eine linke Zukunft**
- 🕯 **Burgenland 1921/22**
- 🕯 **Demokratiebarometer**

nachdem es von der Kultusgemeinde an die Stadtgemeinde verkauft worden war, eine Filiale der Bank Austria, Wohnungen und Geschäftsgebäude. Nur eine kleine, kaum sichtbare Metalltafel aus dem Jahr 1994 erinnert daran, dass sich hier einst eine Synagoge befunden hatte. In deutscher und hebräischer Sprache bzw. Schrift war zu lesen:

Hier stand der nach Plänen von Architekt Ignaz Reiser erbaute und 1914 eingeweihte Tempel. Er wurde am 10. November 1938 in der sogenannten „Reichskristallnacht“ zerstört. Israelitische Kultusgemeinde Wien.



Österreich verdient eine Politik des ANSTANDS und der EHRlichkeit. Das WOHL der MENSCHEN muss im Mittelpunkt stehen!

-Dr. in Pamela Rendi-Wagner



**Frohe Weihnachten,
alles Gute für 2022**

🕯 vor allem Gesundheit

**wünscht das Team der
SPÖ Bezirk Mödling**

Die Gesellschaft für Kulturpolitik, deren Anliegen es unter anderem war und ist, geschichtliche Ereignisse des 20. Jahrhunderts und deren Wirkung auf die Gegenwart darzustellen, beschloss schließlich, sich um ein würdevolleres und sichtbarer Mahnmal zu bemühen. Als damalige Vorsitzende der Ge-

auswahl gehörten unter anderem Johann Pleyer (Künstlerbund), Sylvia Unterrader, Werner Burg, Willi Muckenschnabel (Gesellschaft für Kulturpolitik) und Robert Karpfen (SPÖ-Kulturstadtrat) an. Als beratender Experte konnte Edelbert Köb, damaliger Direktor des MUMOK Wien, gewonnen werden.



Für den in Aussicht genommenen Aufstellungsort vor der Bank Austria waren in den folgenden Jahren zahlreiche Verhandlungen mit dem Grundeigentümer und Mietern, mit den Gemeinderatsparteien und mit der jüdischen Kultusgemeinde, vertreten durch die

sellschaft und SPÖ-Gemeinderätin brachte ich mit meiner Fraktion am 16.12.2000 einen Dringlichkeitsantrag auf Errichtung eines Mahnmals im Gemeinderat ein. Nach der positiven Aufnahme des Antrages und einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss sorgten die Mitglieder der Gesellschaft gemeinsam mit dem Mödlinger Künstlerbund für die Ausschreibung des Mahnmals. Der Jury für die Vor-

Mödlingerin Ruth Fuchs, notwendig.

Im Juli 2002 wurde von der Stadtgemeinde ein Betrag von 200.000 Schilling (ca. 14.500 €) zur Finanzierung des Projekts beschlossen. Die anfängliche Idee, die am Gelände des Gymnasiums Untere Bachgasse aufgefunden Tore des ehemaligen Zaunes der Synagoge in das Mahnmal einzubinden, wurden jedoch zugunsten

einer einfachen Form verworfen. Schließlich wurde der Künstler Karl Novak vom Mödlinger Künstlerbund mit der Herstellung des Objekts - einem geknickten Chanukka-Leuchter aus Metall auf einer kieselartig geschliffenen Basis aus schwarz-marmoriertem Wachauer Marmor betraut. Die Skulptur des achtarmigen geknickten Leuchters symbolisiert die Verfolgung und Leiden der jüdischen Bevölkerung. Für die Bronzetafel des am 26. Oktober 2003 enthüllten Mahnmals entwarf die Gesellschaft für Kulturpolitik folgenden Text:

ZUM GEDENKEN

an die von Architekt Ignaz Nathan Reiser erbaute und 1914 eingeweihte Synagoge, welche im Zuge der Novemberpogrome 1938 zerstört wurde, sowie an die dreihundert vom Nazi-Regime vertriebenen oder ermordeten jüdischen Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt.

DEN OPFERN ZUM GEDENKEN - DEN LEBENDEN ZUR MAHNUNG!

Der Beitrag basiert auf Material des Archivs von Werner Burg und seiner Broschüre „Ein ganz gewöhnlicher Mödlinger - bis zum 12. März 1938“ (KUPO Mödling, November 2015) und der Gesellschaft für Kulturpolitik in Mödling.

Novemberpogrome 1938

In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 initiierte Reichspropagandaminister Joseph Goebbels einen reichsweiten, gegen die jüdische Bevölkerung gerichteten Pogrom.

Propagandistisch wurden die Anschläge als „spontane Vergeltungsmaßnahme“ für ein auf einen deutschen Diplomaten in Paris verübtes Attentat dargestellt.

Im Verlauf der Gewaltexzesse, wurden Synagogen und Bethäuser in Brand gesteckt und verwüstet. Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden, so sie nicht bereits in den Monaten vor-

her „arisiert“ oder ihre BesitzerInnen vertrieben worden waren, geplündert, zerstört und beschlagnahmt. Lange Zeit wurden die Ereignisse verharmlosend als „Reichskristallnacht“ bezeichnet.

Am 12. November 1938 wurde die „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ verkündet, die Juden verbot, ein selbstständiges kaufmännisches Unternehmen bzw. Handwerk zu betreiben. Ab 3. Dezember 1938 wurde die zwangsweise Schließung bzw. „Arisierung“ noch bestehender jüdischer Betriebe verordnet.



Werner Burg & Hannes Weninger

Die jüdische Gemeinde in Mödling

Seit 1345 ist die Existenz einer jüdischen Gemeinde von rund 60 BürgerInnen historisch belegt. Ihr religiöses und administratives Zentrum mit einem Bethaus und Mikwa hatte sie in der Judengasse (heute Kaiserin Elisabeth-Straße).

1421 ließ Albrecht V. im gesamten Herzogtum Österreich jüdische MitbürgerInnen planmäßig vernichten. Der als „Wiener Gesera“ bezeichnete Pogrom bedeutete Zwangstaufen, Vertreibung, Enteignung und Hinrichtungen durch Verbrennen. Mit diesem mörderischen Erlass wollte sich der - auch bei jüdischen Finanziers - schwer verschuldete Habsburger gleichzeitig der jüdischen Bevölkerung und seiner Schulden entledigen.



Betraum in der Klosterergasse 8

Ab 1840 siedelten sich wieder jüdischen BewohnerInnen in Mödling an und gründeten in den sechziger Jahren einen Bethaus-Verein. Am damals neu errichteten Mödinger Friedhof wurde eine eigene jüdische Abteilung eingerichtet. 1888 erwarb die „Israelitische Bethausgenossen-

schaft“ mit Sitz in der Klostersgasse 8 die Liegenschaft Enzersdorfer Straße Nr. 6 und errichtete zunächst ein „Tempelgebäude“ und erbaute hier die Mödlinger Synagoge (Eröffnung am 16.8.1914). 1892 wurde die Israelitische Kultusgemeinde mit Rabiner Dr. Leo Bardowics gegründet. Ab Dezember 1917 unterstützte der „Israelitische Wohltätigkeitsverein“ Kriegswaisen und Versehrten.

Unmittelbar nach dem sogenannten „Anschluss“ im März 1938 begann das NS-Regime mit den Verhaftungen und der Deportierung von Juden und politisch Andersdenkenden. Ende April 1938 erreichte die „Judenhatz“ in Mödling einen vorläufigen Höhepunkt. Jüdische Geschäftsleute wurden gezwungen, antisemitische Parolen an ihren Geschäften anzubringen.

Mit dem Erstarken des Faschismus wurde die Synagoge in der Zwischenkriegszeit mehrmals beschädigt, geschändet und entweiht. Im April 1923 wurden erstmals von Nazis Fenster eingeworfen und am 12. März 1938 wurden Hakenkreuz-Fahnen gehisst. Am 17. Mai 1938 drang eine NS-Horde in die Synagoge ein und richtete schwere Zerstörungen an. Am 28. September wurde der Innenbereich vollständig zerstört. Trotzdem fand am 20. Oktober noch eine letzte jüdische Trauung in der Synagoge statt.

Die Synagoge steht in Flammen

Am 9. und 10. November 1938, der sogenannten Pogromnacht gegen die jüdische Bevölkerung, wurde die Synagoge vollständig verwüstet und niedergebrannt. Die Enzersdorferstraße war von Massen an neugierigen ZuschauerInnen blockiert und die Feuerwehr beschränkte sich auf den Schutz der Nachbarhäuser. Trotz eines Abbruchbescheides der Stadtgemeinde Groß-Wien blieben die Ruinen bis Ende der 1980er Jahre stark überwuchert bestehen, ehe die letzten Reste 1988 abgerissen wurden.

Mit dem Novemberpogrom wurde die Vertreibung und Enteignung der jüdischen Bevölkerung durch die



Mödlinger Nachrichten vom 26.3.1938

Nationalsozialisten auch in Mödling radikalisiert und systematisiert. Bis Mitte 1939 hatten fast alle Juden - ca. 300 Personen - ihre Heimat verlassen bzw. waren zwangsweise nach Wien „umgesiedelt“ worden; einigen gelang von dort ihre Emigration.

Stolpersteine als mahndendes Gedächtnis

Anlässlich ihrer 1100 Jahr-Feier im Jahre 2003 wurden ehemalige jüdische MitbürgerInnen in deren alte Heimatstadt eingeladen. Seit 2003 setzt Mödling mit der Aktion „Stolpersteine“ im öffentlichen Raum sichtbare Zeichen für vertriebene, verfolgte und ermordete Opfer des Nationalsozialismus. Noch heuer werden weitere „Stolpersteine“ verlegt.



Gedenkfeier für Leopold Petznek

Anlässlich des 140. Geburtstages von Leopold Petznek enthüllte die SPÖ im Rahmen eines Festaktes ein neues Denkmal für den Mödlinger Politiker und Schuldirektor.

„An Petzneks Biografie lässt sich die Geschichte unserer Heimat von der Habsburger-Monarchie bis zur Zweiten Republik nachvollziehen“, betonte SPÖ-Bezirksvorsitzender LAbg. Hannes Weninger die Bedeutung von Gedenkarbeit.

Leopold Petznek wurde am 30. Juni 1881 in Bruck an der Leitha geboren und wuchs nach dem frühen Tod seiner Eltern im Hyrtl'schen Waisenhaus in Mödling auf. Ab 1900 arbeitete er als Volksschul-

Bürgerschullehrer und von 1930 bis 1933 als Direktor der Volks- und Hauptschule Mödling.

Petznek engagierte sich seit seiner Jugend in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), war ab 1919 Gemeinderat in Mödling, Abgeordneter zum NÖ Landtag (1921-1934), Zweiter Präsident des NÖ Landtages (1927-1934), Klubobmann, Bezirksparteiobmann und in den 1920er-Jahren Schutzbundkommandant des Viertels unter dem Wienerwald.

KR Andreas Holzmann erinnerte in seiner Ansprache an die Gründung der „Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsgenossenschaft für Mödling“ im März 1912 und das Engage-

ment von Leopold Petznek als erster Vorsitzender des Aufsichtsrates. Als schrecklichste Zeit seines Lebens beschrieb SPÖ-Bezirksvorsitzender Hannes Weninger Petzneks Verhaftung in Mödling am 12. Februar 1934 durch das austrofaschistische Dollfuß-Regime und seine Deportation in das Konzentrationslager Dachau im August 1944. Trotz seiner angeschlagenen Gesundheit übernahm er auf Wunsch von Staatskanzler Karl Renner im November 1945 die Funktion des ersten Präsidenten des Rechnungshofes in der jungen Zweiten Republik.

Gemeinderätin Marina Wilde skizzierte Petzneks glamouröse Beziehung zu Elisabeth Marie Windisch-Graetz, mit der er seit den 1920-Jahren liiert war und die er erst im Mai 1948 heiraten konnte. Elisabeth war niemand geringerer als die im Schloss Laxenburg geborene einzige Tochter von Thronfolger Rudolf und die Liebblingsenkelin von Kaiser Franz Joseph.

An Petzneks Seite wurde aus dem Habsburger-Spross die „rote Erzherzogin“, die mit ihm an Parteiveranstaltungen und Maiaufmärschen teilnahm und mit ihrem Erbe den ehemaligen Klassenfeind großzügig unterstützte.



Gedenken an Rosa Jochmann

Eine neue Infotafel mit QR-Code soll Ausflügler im Wienerwald auf die historischen Ereignisse des Jahres 1934 auf der Predigerstuhlwiese in Kaltenleutgeben Richtung Gießhübl aufmerksam machen.

Auf der mittlerweile zugewachsenen Waldlichtung haben sich am 15. Juli 1934 rund 3000 als Sonntagsaus-

flügler getarnte ArbeiterInnen zu einer illegalen Kundgebung gegen die austrofaschistische Kanzlerdiktatur getroffen. Als Vertreterin der damals verbotenen Sozialdemokratie war Rosa Jochmann als Rednerin gekommen.

Noch ehe sie das Wort ergreifen konnte, wurden Richard Lehmann und Hans Fröhlich von christlich-sozialen Sturmschärlern erschossen und die Versammlung von der Gendarmerie aufgelöst. Zum 120. Geburtstag von Rosa Jochmann am 19. Juli erinnerten LAbg. Hannes Weninger und Bundesvorsitzender Dr. Gerald Netzl an ihr Leid im Konzentrationslager Ravensbrück und ihre unermüdlichen Appelle vor allem an die Jugend, sich für Frieden und Demokratie zu engagieren.





Peter Bruck

Wider den Personenkult

Der klassische Faschismus der 1930er hatte drei fixe Säulen: die Berufung auf Gott als Fundament eines neuen Staates, die paramilitärische Erweiterung der Parteipolitik (z.B. die Heimwehren) sowie einen stark ausgeprägten Personenkult um die Führungsperson. Auch heute sehen wir wieder einen Trend hin zur politischen Personenvergötterung. Problematisch für die Demokratie wird das dann, wenn die Personen an der Spitze wichtiger werden als die demokratischen Institutionen selbst.

Während nur alle drei Säulen gemeinsam den traditionellen Faschismus ausmachen, so ist jede für sich genommen eine Gefahr für die Demokratie. Derzeit müssen wir weder Gottesstaat noch Paramilitärs befürchten. Der Personenkult ist jedoch ein fixer Bestandteil des Politischen geworden. Den Boden dafür gelegt haben aber keine faschistoiden Tendenzen, ganz im Gegenteil. Der neue politische Personenkult entwächst der Individualisierung, dem Liberalismus.

Die Programmatik einer Partei verliert in der Wahlentscheidung an Bedeutung. Vielmehr geht es nun darum, von welcher Person an der Spitze wir regiert werden wollen. Das ist nicht illegitim, auch wenn es

zu absurden Situationen führt. Wie ein liberaler Nationalratsabgeordneter mir neulich mit Erstaunen erzählte, traf er im Vorfeld der Grazer Gemeinderatswahlen auf BürgerInnen, die zwischen KPÖ und NEOS schwankten. Morgens aufzuwachen und nicht zu wissen, ob man Marxist oder neoliberal ist, ist wohl nur mit postmoderner Beliebigkeit zu erklären.

Aber aus ebendieser heraus entstehen Tendenzen, die uns von mündigen, abwägenden WählerInnen in Fanclubs einzelner Figuren verwandeln. Wahlkämpfe werden auf Personen zugeschnitten. Wer, wenn nicht er? Oder sie? Eine Person alleine soll es sein, die es richten kann. So entstehen aus VolksvertreterInnen plötzlich Popstars, denen wir huldigen und folgen. Das ist schon seit Langem so. Man könnte das gleichermaßen an Kreisky und Obama, an Trump und an Sebastian Kurz festmachen. Sie sind transformative Erscheinungen, überlebensgroß, beinahe unantastbar.

Hemmungsloser Fanclub

Gefährlich wird es dann, wenn die Stars hemmungslos sind. Wenn sie bereit sind, ihren Fanclub zum eigenen Vorteil gegen rechtsstaatliche Instanzen aufzuwiegen. Sind in der WKSTA „linke Zellen“, die eine politische Karriere zerstören wol-

len? Gibt es einen „deep state“, der Trump die Wahlen gestohlen hat? Wer seinem Star bis zu diesem Punkt folgt, hat den Raum der Demokratie und des Rechtsstaats verlassen, sich mit Haut und Haar einem Kult, einer Sekte ausgeliefert, die ihrem Führer in die Verdammnis folgt. Ist diese kritische Masse groß genug, kann sie eine gestandene Demokratie aus dem Gleichgewicht bringen. Es sind wieder neue Anfänge, denen wir wehren müssen.



Natascha Strobl:
**„Radikalisiertes
Konservatismus-
Eine Analyse“**

Natascha Strobl analysiert die politischen und rhetorischen Strategien traditionsreicher Mitte-rechts-Parteien. Sie zeigt, wie sie Ressentiments bedienen, um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren, oder eigene Narrative erschaffen, um „Message Control“ auszuüben und Kritik als Fake News abzutun. Statt inhaltlicher Auseinandersetzung suchen sie die Konfrontation. In ihren eigenen Parteien reduzieren sie die Demokratie, setzen auf kleine Beraterzirkel und Personalisierung. Dabei greifen sie immer wieder auch auf die Methoden rechtsradikaler Bewegungen und Organisationen zurück.

Suhrkamp Verlag; 2021; 192 Seiten; 978-3-518-12782-7; 16,50 €



Jürgen Gangoly

KZ-Gedenkverein öffnet verschüttete Bunkeranlage in Neu-Guntramsdorf

Gemeinsam mit der Markt-gemeinde Guntramsdorf und dem Mauthausen Komitee Österreich wird der Bunker in Zukunft für Führungen und eine Ausstellung zugänglich gemacht werden.

Der KZ-Gedenkverein Guntramsdorf/Wiener Neudorf führt regelmäßig zeitgeschichtliche Führungen in Neu-Guntramsdorf und am Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers in der Industriestraße durch. Diese Führungen, meist unter dem Motto „Auf den Spuren des Zweiten Weltkrieges ...“, gehen auch auf die nationalsozialistische Gründungsgeschichte des Ortsteils ein.

Das heutige Neu-Guntramsdorf wurde nach dem „Anschluss“ im Frühjahr 1938 mit von den Nazis beschlagnahmten Gewerkschaftsgeldern gebaut und war ursprünglich nach einem der Dollfuss-Attentäter im Jahr 1934, Franz Holzweber, „Holzweber-Siedlung“ benannt. Die Wohnungen wurden zuerst „verdienten“ Nazis angeboten. Danach wurden auch Reihenhäuser, vor allem für die Werksleitung der

„Flugmotorenwerke Ostmark“, errichtet. Diese Flugmotorenwerke befanden sich im Norden Neu-Guntramsdorfs und Süden Wiener Neudorfs auf dem Gelände des heutigen Industriezentrums NÖ-Süd.

Über 18.000 ZwangsarbeiterInnen aus ganz Europa mussten dort unter widrigen Bedingungen arbeiten. Ein Außenlager des Konzentrationslagers Mauthausen mit über 3.170 Häftlingen wurde dort ebenso errichtet. Hunderte Häftlinge starben wegen der ausbeuterischen Arbeitsbedingungen oder wurden vom SS-Wachpersonal ermordet. Daran erinnern Gedenkstätten: in der Industriestraße 19 in Guntramsdorf und am Eumigweg in Wiener Neudorf.

Um das erwähnte Management der Flugmotorenwerke vor Bombenangriffen zu schützen, wurden von den Nationalsozialisten mehrere Bunkeranlagen, sogenannte Splitterschutzdeckungsgraben, errichtet. Diese wurden nach dem 2. Weltkrieg verschüttet und waren seitdem nur mehr als kleine Hügel, zum Beispiel in der Wiese am Spiel-

platz und bei der Volksschule in Neu-Guntramsdorf, sichtbar.

Jürgen Gangoly, Vorsitzender des KZ-Gedenkvereins: „Bei Führungen im Sommer haben uns Schülerinnen und Schüler gefragt, warum man die Bunker eigentlich nicht besichtigen kann. So ist die Idee entstanden, nach den Eingängen zu suchen und einen Bunker für Ausstellungen und Führungen zugänglich zu machen.“

Das verschüttete Eingangsportal des Bunkers bei der Volksschule Rennerstraße konnte nach Grabungsarbeiten im Oktober freigelegt werden. Der Bunker ist in hervorragendem Zustand und so groß, dass er leicht und ohne großen Aufwand für eine Dauerausstellung zur Geschichte von Neu-Guntramsdorf im Zweiten Weltkrieg adaptiert werden kann. Gemeinsam mit dem Mauthausen Komitee Österreich und der Marktgemeinde Guntramsdorf wird vom Gedenkverein nun ein Nutzungskonzept erstellt. Ab Frühjahr 2022 werden Führungen angeboten.

Weitere Infos unter gedenkverein.at

ÖFB & Bundesliga

Entschlossen gegen jeden Antisemitismus im österreichischen Fußball.

ÖFB und Bundesliga stehen für Respekt, Toleranz und Integration, treten entschieden gegen Antisemitismus und Rassismus ein und unterzeichneten eine internationale Konvention.

Am Vortag des Länderspiels gegen Israel startete eine globale Konferenz zur Rolle des Fußballs im Kampf gegen Antisemitismus, an der u.a. der FC Chelsea, Borussia Dortmund und Ajax Amsterdam teilnahmen.



Heinz Fischer & Pamela Rendi-Wagner

Zeit.Gespräche

Im Rahmen der Buchpräsentation „Zeit.Gespräche“ zeigten sich SPÖ-Vorsitzende Drⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner und Bundespräsident a.D. Dr. Heinz Fischer besorgt über die von der ÖVP anhaltend betriebene Destabilisierung der Demokratie und des Rechtsstaates. „Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass unsere Demokratie auf einer schiefen Ebene ist“, attestierte Rendi-Wagner. Heinz Fischer bezeichnete den Kampf und das Bemühen um die Demokratie als eine dauernde Aufgabe.

„Die Demokratie ist zerbrechlich. Es sei leicht, zu spalten und zu polarisieren. Viel schwieriger ist es, die Spaltung wieder wegzubekommen“, betonte Rendi-Wagner.

„Aufgabe der Politik ist es, ein Land zusammenzuführen und nicht zu zerreißen.“

„An der Spitze eines Staates ist es erste und vorrangigste Aufgabe der Politik, ein Land zusammenzuführen und damit zu stärken - und nicht zu zerreißen“, erklärte die SPÖ-Vorsitzende gerade auch in Hinblick auf die Pandemie und die wirtschaftlichen und sozialen Folgen. „Die Menschen haben diese Polarisierung und Inszenierung satt“, ist sich Rendi-Wagner gewiss und betonte, dass die Sozialdemo-

kratie die Demokratie wie immer in ihrer Geschichte verteidigen werde.

Heinz Fischer betonte „eine unerfreulich zunehmende Tendenz zur Polarisierung, zu Spaltung und zu Egoismus sowie die Nichtbeachtung anderer Meinungen“. Es würde „der Glaube dominieren, dass man alles richtig macht und alles, was man macht richtig ist, weil man es macht“.

„Die Sozialdemokratie führt seit 130 Jahren den Kampf für die Demokratie und wir werden diesen Kampf noch lauter und mutiger führen.“

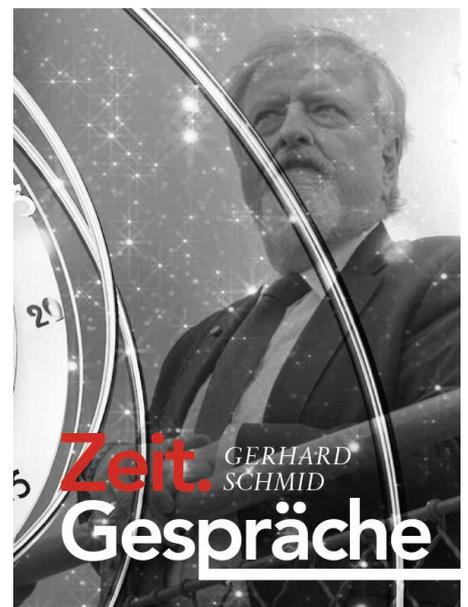
Fischer betonte, dass die Sozialdemokratie angetreten sei, um die Gesellschaft zu verändern, sie gerechter und sozialer zu machen. Die Wirksamkeit der Sozialdemokratie sei nicht nur in Wahlergebnissen zu sehen, „die ungeheuer wichtig sind“, sondern auch in den Wohnmöglichkeiten, der Emanzipation der Frauen, der Sozialpolitik, dem Arbeitsrecht und in allen unseren Inhalten. „Wir brauchen beides: Die von uns geprägte Gesellschaft und den Auftrag in diesem Sinne zu arbeiten.“

„Wichtig sei es, dass die Sozialdemokratie zu ihren Überzeugungen stehe und dafür kämpfe“, so Fischer.



In „Zeit.Gespräche“ geht es um Haltung in bewegten Zeiten - um Anstand und Respekt

vor Menschen, Werten dem demokratischen Zusammenhalt. Das Buch bietet spannende Einblicke in kluge Gedanken und vergnügliche Momente aus dem Leben von Persönlichkeiten wie Hugo Portisch, Erika Pluhar, Lukas Resetarits, Christian Ludwig Attersee, Franz Vranitzky, Harald Krassnitzer, Michael Ludwig, Steffen Hofmann, Heinz Fischer, Christoph Kardinal Schönborn und vielen anderen „Gutmenschen“.



„Zeit.Gespräche“ von Gerhard Schmid, Hrsg.: SPÖ-Bundesbildungsorganisation, ISBN 978-3-903989-21-4, echomedia buchverlag, Wien 2021, 144 Seiten, 19,80 €

Untadeliger Adel



© Kontrast.at

Endlich kommt zusammen, was zusammeng gehört. „Für Kurz, Gott und Vaterland... - so ein verdammter Schallenberg. Schon wieder falsch. Ich gelobe! - so heißt das.“

Eine gewisse Anspannung ließ sich bei Alexander Georg Nicolas Christoph Wolfgang Tassilo in diesen so bedeutsamen Mittagsstunden des 11. Oktobers nicht leugnen. Etwas mehr als 72 Stunden ist es her, da hat ihn die Nachricht ereilt, der Kais... Kanzler - so heißt das - ist abgedankt.

Die treuelosen Vasallen in den Ländern haben den durch Österreich Auserwählten also fallen lassen. Doch nun soll Alexander übernehmen. Den Willen des Kais... Kanzlers - so heißt das - aus dem parlamentarischen Exil empfangen. Dieser Bitte wird er selbstverständlich nachkommen, denn „das Seil in die Hand zu nehmen, wenn das Schiff ins Schlingern kommt, sei ihm schließlich in die Wiege gelegt worden“. Den Herrschenden zu dienen, liegt seiner Familie seit Jahrhunderten im blauen Blut, ganz gleich ob unter schwarz-gelb oder rot-weiß-rot.

Und gedient hat er, der Alexander, ohne Wenn und Aber, mit Fingerspitzengefühl hat er sich vor den Kais... Kanzler - so heißt das - gestellt, da hätte kein Blatt dazwi-

schen gepasst. Welche Undankbarkeit ihm dafür entgegengebracht wurde, damit hatte er allerdings nicht gerechnet, als er seinen Platz als Statthalter einnahm, um die Wiederherstellung der Ordnung zu verkünden. Und dass sein höchst diplomatischer Akt, die Verleumdungen gegen den Kais... Kanzler - so heißt das - zu Boden zu werfen, bewusst als Provokation missinterpretiert wurde, zeugt überhaupt vom fehlenden politischen Verständnis der niederen Stände.

„Einen Untadeligen wollen sie nicht erkennen, selbst wenn er vor ihnen steht“, resümierte er dann doch etwas gekränkt: „Sie wollen es einfach nicht sehen, es nicht verstehen und doch, so wahr mir Gott helfe...“. Alexander ist sich sicher, es ist nur eine Frage der Zeit, bis die Reue Einkehr in die Seelen der Unterta... Bevölkerung - so heißt das - findet. Denn gerade der neue Weg, den der Kais... Kanzler - so heißt das - mutig vorangeschritten ist, hat gezeigt, wie es sich regieren lässt, ohne den ganzen Ballast, den man mit sich herumschleppt, wenn man auf jeden Querulanten hören würde.

Und so dachte Alexander einige Zeit später daran, als er durch die Waldwege nahe Kleinzells in Oberösterreich streifte, hinauf zu den verbliebenen Gemäuern jener Ruine, die seinen Namen trägt, welche Pracht nicht einst einer höfischen Zere-

monie innegewohnt haben musste. Ganz anders als das Geplärre der Plebejer. Doch unweigerlich und ohne jede Vorwarnung übermannte ihn ein Gedanke: „Und wenn es doch schmeckt, das Regieren? Bin nicht ich, von edlem Geschlecht, besser dazu geeignet als der Abkömmling eines einstigen, auf den Sozialstaat Angewiesenen?“

Und überhaupt, was versteht dieser Sebastian Kurz denn von der Politik, wo will er diese in Meidling gelernt haben? Sein Fall ist doch Beweis genug dafür, nicht mehr als ein Günstling der Stunde gewesen zu sein.“ Doch er hingegen, Alexander Georg Nicolas Christoph Wolfgang Tassilo, so ist er sich sicher, sei geschaffen für diese höchsten Würden - und so soll zusammenkommen, was zusammeng gehört.

KONTRAST.at

Das sozialdemokratische Online Magazin Kontrast.at begleitet mit seinen Beiträgen die aktuelle Politik. Wir betrachten Gesellschaft, Staat und Wirtschaft von einem progressiven, emanzipatorischen Standpunkt aus.

Kontrast wirft den Blick der sozialen Gerechtigkeit auf die Welt.

Internationales

António Guterres: Mahnung an die Welt

Mit drastischen Worten hat UN-Generalsekretär António Guterres zum Auftakt der UN-Vollversammlung in New York die internationale Gemeinschaft zu mehr gemeinsamem Engagement beim Kampf gegen die Corona-Pandemie und den Klimawandel aufgefordert: „Ich bin hier, um Alarm zu schlagen: Die Welt muss aufwachen.“

"Wir stehen am Rande des Abgrunds und bewegen uns in die falsche Richtung. Unsere Welt war noch nie in größerer Gefahr und noch nie gespalten. Wir stehen vor der größten Kaskade von Krise unserer Lebenszeit."



© EXPA/ Photoshot/ Xinhua

Die ungleiche Verteilung von Impfstoff gegen das Coronavirus beispielsweise bezeichnete Guterres als Obszönität. „Eine Mehrheit der reicheren Welt ist geimpft. Aber mehr als 90 Prozent der AfrikanerInnen warten immer noch auf ihre erste Dosis. Das ist eine moralische Anklage des Zustands unserer Welt“, sagte Guterres.

In Ethik durchgefallen

„Wir haben den Wissenschaftstest bestanden. Aber in Ethik sind wir durchgefallen.“ Die Welt steht angesichts von Krisen wie der Pandemie und dem Klimawan-

del nicht genügend zusammen, beklagte der UN-Chef. „Anstelle von Demut angesichts dieser epischen Herausforderungen sehen wir Anmaßung. Anstelle des Wegs der Solidarität, sind wir in einer Sackgasse der Zerstörung.“

EVP – eine schreckliche Familie

Italiens rechtspopulistischer Ex-Premier Silvio Berlusconi bastelt unverschämten an einer Plattform aller Rechtsparteien für seine Wiederwahl zum Staatspräsidenten.

Was sich da zusammenbraut ist eine unheimliche Allianz mit Matteo Salvinis nationalistisch-neorassistischen Lega Nord und der post-faschistischen Fratelli d'Italia unter Giorgia Meloni, die sich nie von Mussolini distanziert hat.

Surreal genug, dass ein 85-jähriger, wegen Steuerbetrugs rechtskräftig Verurteilter und vorübergehend mit einem Verbot der Bekleidung öffentlicher Ämter belegter ein Comeback anstrebt.

Noch schräger jedoch, dass seine politische Familie der Europäischen Volkspartei ihren aktuellen EP-Abgeordneten nicht in die Schranken weist. Ganz im Gegenteil: Während die Europäische Volkspartei konsequent zu Berlusconis politischen Eskapaden schweigt, nutzte der Bunga-Bunga-Cavaliere den jährlichen EVP-Gipfel in Brüssel mediengeil zur Verabschiedung von Angela Merkel, die er im Freundeskreis jahrelang als „culona“ bezeichnet. Italien und Europa haben sich besseres verdient. Ciao!

ÖVP drängt Österreich ins internationale Abseits

Am Sonntag glühende EuropäerInnen und unter der Woche Visegrad-JüngerInnen: Statt mit europäischer Solidarität, agiert die türkis-grüne Bundesregierung seit Amtsantritt als außenpolitischer Geisterfahrer und stößt regelmäßig europäische Partner vor den Kopf.

Das jämmerliche ÖVP-Bedauern über das Ausscheiden der Victor Orban-Partei FIDEZ aus der Europäischen Volkspartei, die haltlosen Attacken gegen die EU-Kommission beim COVID Impfstoff-Beschaffungsvorgang, die unkoordinierte Ankündigung zum Ankauf von Sputnik V und das antieuropäische Abstimmungsverhalten im UNO-Menschenrechtsrat sorgte für Unverständnis und Kopfschütteln in der EU.

Während sich die internationale Staatengemeinschaft gegen die Menschenrechtsverletzungen in Russland und Belarus stellte, setzte sich Kurz als einziger westlicher Regierungschef in Putins Wirtschaftsforum und ließ mit Schallenberg im neutralen Österreich während der Kriegshandlungen zwischen Israel und den Palästinensern die Staatsflagge Israels am Bundeskanzleramt hissen.

Mittlerweile wird Österreich immer öfter nicht mehr als verläSSLicher Partner, sondern in einem Atemzug mit Polen und Ungarn als Teil der Visegrád-Staaten empfunden.

Hört die Signale: Österreich braucht ein rasches Ende des außenpolitischen Rechtsrucks und die sofortige Rückkehr auf das internationale Parkett als Brückenbauer statt Spalter.



© KUTNER/Jeff Matigione

Comeback der Sozialdemokratie

Auf eine linke Zukunft

Ist der Wahlerfolg der SPD mehr als ein misslungener Wahlkampf der konservativen Union, sogar der Beginn einer neuen politischen Ära - eines sozialdemokratischen Jahrzehnts? Tatsächlich könnte man sagen, dass die Sozialdemokratie wieder im Aufwind ist.

In Europa sind inzwischen alle skandinavischen Länder sowie Portugal und Spanien in sozialdemokratischer Hand. Die USA werden von einer Art Sozialdemokra-

ten geführt, Neuseeland ebenfalls. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat zwar seine eigene Partei gegründet und der italienische Ministerpräsident Mario Draghi ist parteilos, aber beide gehören mehr oder weniger dem Mitte-links-Lager an.

Die Verluste der Konservativen sind nach zwei internationalen Megakrisen (Finanzen, Corona) Ausdruck der Ablehnung marktliberaler Ellenbogenpolitik und Wunsch nach Schutz, Sicherheit, Ausgleich und

auch Respekt, Toleranz und Ehrlichkeit. Der Sozialdemokratie wird die Überwindung verteilungspolitischer Ungleichheit ebenso zuge-
traut, wie die soziale Bewältigung der Megathemen Klimaschutz, Digitalisierung und Demografie.

Sozialpartnerschaftlicher Umweltschutz

Nach der gewerkschaftlichen Versöhnung von Arbeit und Kapital steht nun gewissermaßen die Versöhnung von Arbeit und Natur an. Die große Herausforderung des 20. Jahrhunderts haben die sozialdemokratischen Parteien allgemein anerkannt gut bewältigt. Jetzt kann man ihr auch zutrauen, die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts zu meistern.

Was die ökologische von der industriellen Revolution allerdings unterscheidet: Die Natur ist als Verhandlungspartner noch wesentlich unerbittlicher als jeder Fabrikant. Sozialer und ökologischer Klassenkampf könnte nach einer Phase der konservativen Hegemonie eine neue Ära sozialdemokratischer Dominanz einläuten. (HW)



© Parlamentsdirektion Ulrike Wessner

KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Neue Länderausstellung

Im ehemaligen Konzentrations- und Vernichtungslager und nunmehrigen Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau erzählen verschiedene Ausstellungen das Schicksal von NS-Opfern.

1978 hat sich Österreich in der ersten Länderausstellung entgegen dem heutigen Geschichtsbild noch als „erstes Opfer des Nationalsozialismus“ verstanden und die Mittäterschaft am Unrechtssystem noch weitgehend ausgeblendet.

Die neu eröffnete Länderausstellung „Entfernung. Österreich und Auschwitz“ im sogenannten Block 17 stellt nun die Geschichte Österreichs im Nationalsozialismus, das Schicksal der österreichischen Opfer im Lagerkomplex Auschwitz-Birkenau, sowie die Involvierung von ÖsterreicherInnen als TäterInnen und HelferInnen an den dort begangenen Verbrechen dar.

Es ist die Pflicht jeder Nation, sich ihrer Geschichte zu stellen

Der Titel „Entfernung“ steht dabei nicht nur für die geografische Distanz zwischen Österreich und Auschwitz, sondern vor allem für die Entfernung der nach Auschwitz deportierten Menschen – aus Österreich und aus deren Leben.

Mehr Infos: auschwitz.org



Werner Burg

100 Jahre „unser Burgenland“

Das heutige Burgenland war jahrhundertlang als „Westungarn“ Teil des Königreichs Ungarn. Mit den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Territorium der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie von den Siegermächten neu aufgeteilt. Vom Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Nationen war keine Rede mehr.

Nachdem die junge Republik Österreich zur alleinigen Rechtsnachfolgerin der ehemaligen Monarchie erklärt wurde, war der einzige Erfolg der österreichischen Delegation unter Dr. Karl Renner - die zu den Verhandlungen nicht zugelassen war -, die Abtretung des Großteils vom deutschsprachig besiedelten „Westungarn“ von Ungarn an Österreich. Die damit zusammenhängenden Ereignisse der Jahre 1921/22 möchte ich im Telegrammstil skizzieren.

Am 25.1.1921 beschloss der Nationalrat das „Burgenland-Gesetz“, womit das Burgenland zum österreichischen Bundesland wurde. Mit dem Friedensvertrag von Trianon vom 26.7.1921 musste Ungarn das Burgenland an Österreich abtreten und bis 29.8. räumen.

Ab dem 18.8. bildeten sich im Raum Ödenburg illegale ungarische Banden unter den ehemaligen k.u.k.-Offizieren Osztenburg und Proney, die mit Ex-Kaiser Karl in ständiger Verbindung standen. Ungarische Insurgenten unter dem ehemaligen

kaiserlichen Offizier Hejjas rückten in Kismarton/Eisenstadt ein. Am 24.8. griffen ungarische Freischärler Bruck a.d. Leitha an. Den ca. 10.000 bewaffneten Aufständischen standen lediglich 1.950 österreichische Gendarmen gegenüber.

Als die Gendarmerie am 28.8. mit elf Kolonnen in das Burgenland einrückte, leisteten die ungarischen Freischärler überall Widerstand - es gab Tote und Verwundete. Als am 31. 8. ungarische Truppen auf österreichisches Gebiet vorstießen, wurden sie bei Fehring und Sinnersdorf von Bundesheer und Gendarmerie zurückgeschlagen. Mit der Ausrufung eines westungarischen Staates „Lajta Bansag“ durch die Freischärler am 4.10. eskalierte der Konflikt weiter. Schießereien und Plünderungen an der Grenze waren die Folge. Im Kampf um das Burgenland fielen 52 Österreicher.

Mit dem auf alliierten Druck zustande gekommenen Vertrag von Venedig vom 13.10. musste Ungarn das Burgenland bis zum 4.11. räumen und Österreich einer Volksabstimmung in Ödenburg und Umgebung zustimmen.

Restaurationsversuche und Volksabstimmung

Am 20.10. landeten Ex-Kaiser Karl und seine Gattin Zita per Flugzeug in Ödenburg. Ihr Versuch einer monarchistischen Restauration scheiterte jedoch bis zum 31. Oktober. Bundeskanzler Dr. Johann Schober

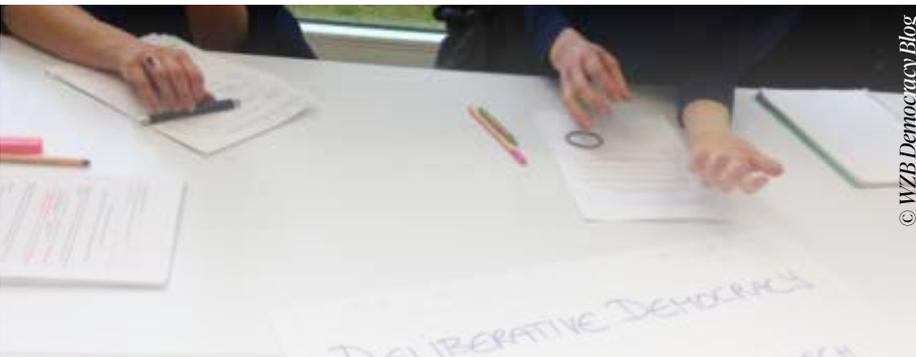
konnte sich nicht dazu entschließen eindeutig gegen die habsburgischen Ambitionen in Ungarn Stellung zu nehmen, obwohl SR-Präsident Edvard Benes am 24.10. seine Truppen gegen Ungarn mobilisierte und die Unterstützung für den Verbleib Ödenburgs bei Österreich anbot.

Mit der Volksabstimmung vom 14. Dezember 1921 in Ödenburg und vom 16. Dezember in acht umliegenden Ortschaften wurde entschieden, dass Sopron/Ödenburg endgültig Ungarn zugeschlagen wurde. Trotz des ausdrücklichen Verbots jeder Form von Agitation kam es im Vorfeld und während der Abstimmung auf beiden Seiten zu einer wahren Propagandaschlacht.

In der Stadt Ödenburg stimmten 12.327 (72,8 %) für Ungarn und 4.620 (27,2 %) für Österreich. In den Landgemeinden entschieden sich 3.607 für Österreich 3.007 für Ungarn. Insgesamt hatten also 65,1 % für Ungarn gestimmt und die historische Interpretation der Abstimmung ist bis heute umstritten.



Am 1.1.1922 rückten ungarische Truppen in Sopron und den sieben umliegenden Landgemeinden ein, während gleichzeitig österreichische Gendarmerie und Militär in das Burgenland marschierten. Am 15.7.1922 trat der erste burgenländische Landtag in Sauerbrunn zusammen und am 19. Oktober 1925 wurde Eisenstadt zum Sitz der burgenländischen Landesregierung und damit de facto zur Landeshauptstadt bestimmt.



Demokratiebarometer

Bekenntnis zur Demokratie stabil

Die Zufriedenheit mit der Demokratie unterliegt beträchtlichen Schwankungen und diese hängen meist mit Krisen zusammen. Aktuelle Befragungsdaten ergeben 59 Prozent Zufriedenheit und 39 Prozent Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hat seit den 1980er Jahren einen signifikanten Anstieg erfahren. Dieses Jahrzehnt könne als demokratiepolitische Bruchstelle mit Nachkriegsösterreich bezeichnet werden. SPÖ und ÖVP konnten die neuen WählerInnensegmente nicht mehr an sich binden, was zum Aufstieg der FPÖ, der Grünen und mit Verspätung der Liberalen und diversen Gruppen von Stronach bis Piraten geführt hat. Trotz des breiteren politischen Angebots blieb die Unzufriedenheit aber erhalten.

Autoritäres Potenzial „stets um zehn Prozent“

Während 83 Prozent der ÖsterreicherInnen die Demokratie bevorzugen, sprechen sich 8 Prozent für eine Diktatur aus und vier Prozent

ist es als „Entfremdeten“ egal. Stabil in den letzten 25 Jahren weist rund ein Zehntel der Jugend eine autoritäre Orientierung auf. Obwohl die Hinwendung zum Autoritarismus auch in Krisenzeiten ausbleibt, ändert sich jedoch die Optimismus-Pessimismus-Relation innerhalb der Demokratieüberzeugten.

Demokratieverständnis und Covid-Impfbereitschaft

Wenig überraschend präsentiert sich auch der Zusammenhang zwischen Demokratieeinstellung und der Impfbereitschaft in der Covid-Pandemie. So ist bei den „DemokratInnen“ mit 57 Prozent der Anteil der Geimpften bzw. Impfbereiten am höchsten. Die meisten ImpfgegnerInnen sind mit 45 Prozent bei den von der Demokratie entfremdeten. Die meisten ImpfskeptikerInnen fanden sich mit 39 Prozent unter den Autoritären.

Bezüglich der politischen Verortung, ist es nicht so, dass die ImpfgegnerInnen oder ImpfskeptikerInnen der FPÖ nachlaufen. Es ist umgekehrt, Herbert Kickl läuft den ImpfgegnerInnen nach. (HW)

Ich hoffe, dir mit dem neuen Newsletter einige politisch interessante Texte und einen gerafften Blick auf unsere Aktivitäten liefern zu können.

Danke für die Teilnahme an unseren Veranstaltungen, die Beiträge und die redaktionelle, grafische und finanzielle Unterstützung der SPÖ Bezirksgeschäftsstelle. Texte, Themenvorschläge und LeserInnenreaktionen für die nächste Ausgabe sind willkommen.

Ebenso für die Werbung neuer Mitglieder für die FreiheitskämpferInnen im Bezirk Mödling. Gerne stellen wir dir dafür Materialien zur Verfügung. In diesem Kontext begrüßen wir 2021 41 neue MitstreiterInnen. Ein bisserl geht noch!

Zum bevorstehenden Jahreswechsel wünsche ich uns alles Gute, Gesundheit, die SPÖ als starke und einige Alternative zur aktuellen Regierungsmehrheit, Frieden, Demokratie und FREUNDSCHAFT!

Hannes Weninger



Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen-Bezirksgruppe Mödling, 2340 Mödling, Hauptstraße 42a, Telefon: +43223622423, freiheitskaempfer.moedling@noe.spoe.at
Redaktion: Freiheitskämpfer Bezirk Mödling, Hersteller: druck.at, 2544 Leobersdorf, Aredstraße 7. Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:
Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus.
Die veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Vorstandes wieder.